

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der **Bundeswehr** haben wir über 60 Jahre Frieden und Freiheit in unserem Land zu verdanken. Hunderttausende Berufs- und Zeitsoldaten sowie Wehrdienstleistende haben sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Wir sind ihnen zu großem Dank verpflichtet. Daher ist es völlig unverständlich, dass Verteidigungsministerin von der Leyen ihren Soldaten diesen Respekt verweigert und sie unter Generalverdacht stellt. Natürlich passieren auch bei der Bundeswehr Fehler. Der Fall des Oberleutnants Franco A., die Berichte über unangemessene Menschenführung und auch die vereinzelte Zugehörigkeit von Menschen mit extremistischer Gesinnung sind Themen, die die militärische Führung aufarbeiten muss. Dies muss mit der notwendigen Gründlichkeit nach innen erfolgen. Markige Worte gegenüber Medien und Öffentlichkeit tragen aber nicht zur Problemlösung bei, sondern beschädigen das Vertrauen der Bevölkerung in die Truppe. Die Bundeswehr braucht keine allgemeine Reformdebatte, sie hat sich bewährt. Leider hat die Politik die Friedensdividende so verstanden, dass bei der Verteidigung massiv gekürzt werden kann. Wir brauchen deshalb deutlich mehr Geld, insbesondere für das Personal. Unabhängig von der aktuellen Debatte erweist sich die Abschaffung der Wehrpflicht als fataler Fehler. Landesverteidigung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die in der Mitte unseres Bewusstseins verankert sein muss. Wir FREIE WÄHLER vertreten daher seit Langem die Forderung nach einem verpflichtenden gemeinnützigem Jahr für alle, wobei der Einzelne zwischen einem sozialen bzw. ökologischen Jahr



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

und dem Dienst bei den Streitkräften wählen kann. Die Bundeswehr muss in der Mitte der Gesellschaft bleiben und darf nicht an den Rand gedrängt werden.

R ü c k b l i c k

In seiner Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag diese Woche mit dem Thema „**Innere Sicherheit**“. Ein Thema, das viele Menschen im Freistaat bewegt. Was die Sicherheitslage derzeit so brisant macht, ist die Vielfalt der möglichen Bedrohungsszenarien: Islamistischer Terrorismus, rechtsextreme Gewalt gegen Ausländer, eine ebenso gewaltbereite links-extremistische Szene und die neuen Herausforderungen durch Cyberkriminalität fordern die Sicherheitsbehörden täglich heraus. Die Politik trägt eine hohe Verantwortung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern sicher leben können. Daher sehen wir FREIEN WÄHLER es als eine Kernaufgabe an, die vielen neuen Gesetzesinitiativen – insbesondere aktuell die Novellierung des bayerischen Polizeirechts – auch kritisch nach ihrer Effizienz zu hinterfragen. Vor allem der Informationsaustausch der Ermittlungsbehörden muss verbessert werden, um den komplexen Bedrohungslagen besser gewachsen zu sein. Im Interesse einer erfolgreichen Sicherheitspolitik fordern wir die Stärkung der polizeilichen Ermittlungsarbeit, die konsequente Ausschöpfung der bestehenden Gesetze und eine besonnene Erweiterung des Polizeirechts an aktuelle Gefährdungslagen.

Die **EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei** müssen abgebrochen werden, denn das Land entwickelt sich sukzessiv zu einem autoritären Staat. Die Opposition wird ausgeschaltet und die Meinungs- und Pressefreiheit durch Festnahmen von Journalisten und führenden Medienvertretern massiv beschnitten. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir daher von der Staatsregierung, sich auf Bundes- und Europaebene für einen schnellstmöglichen Abbruch der Beitrittsverhandlungen einzusetzen. Die aktuelle Lage in der Türkei lässt weitere Beitrittsverhandlungen und Finanzhilfen seitens der EU nicht länger zu. Außerdem muss sich die Staatsregierung dafür einsetzen, dass die mit bayerischem Steuergeld unterstützten Milliardenzahlungen der EU an die Türkei im Rahmen der Heranführungshilfe

(IPA) eingestellt werden. Die aktuellen Förderschwerpunkte der Heranführungshilfe lauten 'Demokratie', 'Zivilgesellschaft', 'Rechtsstaatlichkeit' und 'Menschenrechte'. Mit Blick auf die dramatischen Geschehnisse in der Türkei klingt das schon fast zynisch. Vor diesem Hintergrund ist es den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union nicht mehr vermittelbar, dass die Beitrittsverhandlungen auf EU-Ebene bislang aufrechterhalten wurden und die Türkei weiter Zahlungen erhält.

Diesel-Nachrüstungen statt Fahrverbote lautet unsere Forderung in einem weiteren Dringlichkeitsantrag. Die Bayerische Staatsregierung soll sich beim Bundesverkehrsministerium dafür einsetzen, dass zeitnah Nachrüstlösungen zur Reduktion des Schadstoffausstoßes von Dieselfahrzeugen angeboten werden. Damit sollen die im Raum stehenden Fahrverbote in Innenstädten verhindert werden. Bei neueren Fahrzeugen müssen in erster Linie die Hersteller in die Pflicht genommen werden. Zudem brauchen wir verbindliche und technologie neutrale Vorgaben, welche Schadstoffwerte ältere Fahrzeuge erreichen müssen, um künftig nicht von Fahrverboten betroffen zu sein.

Der Bericht, den Ministerin Müller diese Woche in ihrer Regierungserklärung zur **sozialen Lage in Bayern** vorgestellt hat, ist ein Armutszeugnis für die Staatsregierung und deren Sozialpolitik. Alarmierend ist dabei neben der steigenden Armut von Frauen die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien. Trotz Hochkonjunktur steigen die Zahlen in diesem Bereich weiter. Es fehlt an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch bei den Krippenplätzen hinken wir im Bundesvergleich gewaltig hinterher. Beschämend ist auch der Umgang mit den am wenigsten sozial vernetzten Mitgliedern der Gesellschaft, den Obdachlosen. 12.000 wohnungslose Menschen im Freistaat sind eindeutig zu viel! Die ohnehin schon erschreckenden Zahlen im Bericht weisen auch noch eine hohe Dunkelziffer auf, weil die Staatsregierung nicht bereit ist, die zahlenmäßige Erfassung im Winter durchzuführen – wenn Wohnungslose vermehrt in die Einrichtungen der kommunalen Träger und der freien Wohlfahrtspflege kommen. Auch der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter ist seit dem Jahr 2006 kontinuierlich gestiegen. In Bayern liegt die Armutsgefährdungsquote für die Gruppe der über 65-Jährigen

noch immer über dem westdeutschen Schnitt. Wir benötigen Reformen in der Alterssicherung. Nur so können wir Altersarmut verhindern.

Bayerns Betriebe brauchen Planungssicherheit! Dazu muss der **Vollzug des Ausländerrechts** praxistauglich gestaltet werden. Viele Betriebe suchen händeringend nach geeigneten Fachkräften. Deshalb wollen wir eine klare Regelung für die Anstellung junger Flüchtlinge. Derzeit werden angestrebte Ausbildungen, die mehr als drei Monate vor Beginn beantragt werden, jedoch nicht mehr anerkannt. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher, dass das Innenministerium seine bisherigen Vorgaben so ändert, dass Anträge auf Erteilung einer Ausbildungsduldung samt Beschäftigungserlaubnis von den zuständigen Ausländerbehörden anerkannt werden können, auch wenn sie bis zu sechs Monate vor dem beabsichtigten Ausbildungsbeginn gestellt werden. Ziel muss es sein, sowohl den Unternehmen als auch den Auszubildenden in spe Planungssicherheit zu verschaffen und die immer noch große Motivation beider Seiten zu nutzen.

Am 12. Mai 2017 hatte die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER zudem zum Parlamentarischen Abend unter dem Motto „**Alpenraum 2030 – neue Wege in zeitloser Schönheit**“ eingeladen. Klimaschutz, Elektromobilität und der Erhalt von Baudenkmalern: Darum ging es bei dieser Veranstaltung. Florian Streibl, Parlamentarischer Geschäftsführer, sowie der Vorsitzende des Landtagswissenschaftsausschusses Prof. Dr. Michael Piazzolo, diskutierten vor rund 100 Gästen mit Experten über drängende Fragen zur Zukunft unserer Alpenregion.

Streibl stellte gleich zu Beginn der Veranstaltung fest: „Unsere alpenländische Heimat in ihrer zeitlosen Schönheit zu erhalten und zu fördern ist eine Aufgabe, der wir uns als FREIE WÄHLER stellen wollen.“ Zudem wies der Abgeordnete aus Oberammergau darauf hin, dass der Klimawandel den bayerischen Alpenraum vor erheblich größere Herausforderungen stelle als andere Regionen Deutschlands: „Zwei Grad Erwärmung bedeuten bei uns eine Verschiebung der Vegetationszone um rund 200 Höhenmeter“, warnte Streibl. Der Rückgang des Permafrostes und vermehrte Starkregenfälle hätten für die Menschen in der Region dramatische Auswirkungen. Die Vegetation ändere sich, Wildbäche würden zu reißenden Strömen und halbe Berghänge gerieten in Bewegung – so wie die Mure

Hechendorf. „Daher muss auch im Alpenraum die Energiewende greifen: Elektromobilität, Car-Sharing und die Nutzbarmachung nachhaltiger Energiegewinnung stehen dabei im Vordergrund“, so Streibl.

Hubert Mangold, 1. Bürgermeister in Schwaigen (Lkr. Garmisch-Partenkirchen), erläuterte, seine Gemeinde habe beste Voraussetzungen für die Energieautarkie: Zwei Drittel des Gemeindeeinzugsgebiets bestehe aus Wald, sodass der Energieträger Holz eine ebenso große Rolle spiele wie die Fotovoltaik. Die Carsharing-Stromtankstellen in Schwaigen speisten sich überwiegend aus Sonnenkraft – diese Nutzung sei wirtschaftlicher, als den überschüssigen Strom ins öffentliche Netz einzuspeisen. Mangold kritisierte die Staatsregierung. Diese unterstütze die Kommunen nicht ausreichend, dabei seien Know-how, Infrastruktur und Geld für eine zügige Bewältigung der Energiewende fast im Überfluss vorhanden.

Egal ob Pellets oder Hackschnitzel: Energie aus bayerischen Wäldern kann einen bedeutenden Beitrag zur Energieautarkie bayerischer Städte und Gemeinden leisten, erklärte Florian Diepold-Erl. Er ist Klimaschutzmanager des Landkreises Garmisch-Partenkirchen und schätzt das Potential zur Steigerung der Holzvermarktung mit Pellets und Hackschnitzeln auf rund 30 Prozent. Eine solche Holzausbeute sei nachhaltig möglich – ohne dem Wald zu schaden. Hier müsse die Politik jedoch kleinen Privatwaldbesitzern attraktivere Angebote machen.

Florian Streibl zeigte sich zudem in Bezug auf den Vorstoß für einen dritten Nationalpark in Bayern äußerst skeptisch. „Einen Nationalpark Ammergebirge lehnen wir klar ab. Denn es kann nicht sein, dass hierzulande ganze Wälder stillgelegt werden, während wir viel Geld ausgeben, um aus den USA Pellets zu importieren.“

Auch der Denkmalschutz im südbayerischen Raum war Thema des Abends. Hier bietet das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) eine bemerkenswerte Dienstleistung: So sind sämtliche der 109.000 bayerischen Denkmäler auf der Homepage der Behörde verfügbar – digitalisiert und im Internet abrufbar über einen Denkmal-Atlas. Die Vielfalt von Denkmälern in der bayerischen Landschaft sei wichtig für die Identität des Freistaats, so BLfD-Abteilungsleiter Dr. Walter Irlinger. Historiker Anton

Brandner berichtete über die besonderen Erfordernisse des Denkmalschutzes im Alpenraum.

Florian Streibl hob außerdem die Bedeutung der Alpen als jahrtausendealtem Kultur- und Siedlungsraum hervor: „Der bayerische Alpenraum war immer schon eine wichtige Brücke in den Süden und sicherer Rückzugsraum. Das alles hat sich in der Bau- und Lebensweise unserer Heimat niedergeschlagen. Bau- und Bodendenkmäler sind Zeugen unserer Kultur und Geschichte. Dieses Erbe müssen wir uns stets aufs Neue bewusst machen: Um zu wissen, woher wir kommen, und um zu erkennen, wohin unser Weg geht.“

V o r s c h a u

Unsere Abgeordneten des Ausschusses Verfassung, Recht und Parlamentsfragen werden sich am 31.05. zu einem Gedanken- und Meinungsaustausch mit der Rechtsanwaltskammer München treffen. Themen werden u.a. der elektronische Rechtsverkehr, das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) und die Ausstattung des Justizhaushalts sein.

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de Homepage: www.florian-streibl.de